

(Drexler)

Was macht der Ministerpräsident? Er sagt erstens: Wir fordern den Bund auf, uns die Mittel zur Verfügung zu stellen. – Der Bund hat überhaupt keine Zuständigkeit. Hinterher verlangt der gleiche Ministerpräsident, der Bund solle sich aus der Bildung heraushalten. Wie passt denn das zusammen? Hier muss ich dem ehemaligen Ministerpräsidenten ein Lob aussprechen. Der hätte als Föderalist so etwas nicht gemacht. Der hätte gesagt, das gehe den Bund nichts an. Herr Oettinger, willkommen in der Föderalismusdiskussion! Wenn Sie dort so auftreten, ist Baden-Württemberg mit einer eigenständigen Föderalismuspolitik gleich verloren.

Zweitens sagt der Ministerpräsident, wenn wir es vom Bund nicht bekommen, dann soll das Geld, das zurückfließt – wir haben die Auskunft, es fließt kein Geld zurück –, nach Baden-Württemberg gehen. Das geht gar nicht. Das wissen alle, die sich auskennen. Dann müsste der Bund wieder neu verhandeln und für diejenigen, die etwas wollen, vielleicht 10 oder 15 Länder, wieder ein neues Programm auflegen. Das wird er nicht machen. Der zweite Vorschlag ist überhaupt nicht praktikabel.

Drittens heißt es: Wenn uns der Bund im Stich lassen sollte, sind wir grundsätzlich bereit, mit den Kommunen über andere Lösungswege zu verhandeln. Also, Herr Oettinger: Wir haben gestern einen Vorschlag gemacht. Wir haben gesagt, die Umschichtung der KIF-Mittel, die durch das Abwassermoratorium kommen, vier Jahre lang jeweils 25 Millionen €, könnten wir vornehmen. Ferner könnten wir uns vorstellen, dass von den aus Immobilienverkäufen erlösten 300 Millionen € 100 Millionen € innerhalb von vier Jahren in die Ganztagschulen mit einem Fördersatz von 50 : 50 fließen. Das wollen wir Ihnen aber nicht vorschreiben. Aber das könnte man tun, ohne den Haushalt zu verändern. Wir haben lediglich die Aufforderung an die Landesregierung gerichtet, ein solches Programm zu machen. Seit gestern können Sie nicht mehr im Land herumlaufen und sagen, Sie wollten eine Lösung suchen. Gestern haben Sie sich vom Parlament nicht beauftragen lassen wollen, eine Lösung zu suchen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer
GRÜNE)

Wenn Sie dauernd Dialogbereitschaft und Gesprächsbereitschaft signalisieren, dann kommt mir langsam ein Verdacht. Wenn ein Konservativer in Baden-Württemberg Dialogbereitschaft signalisiert, dann können zwei Gründe dahinterstecken: Entweder er ist ratlos, oder er verschiebt die Entscheidung bis nach der Wahl.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie können sich nun aussuchen, was auf Sie zutrifft. Es geht doch nicht, dass Sie bei allem nur Gesprächsbereitschaft signalisieren. Wer 14 Jahre lang die Landespolitik maßgeblich mitgestaltet hat und jetzt einen Dialog und Gespräche sucht, der hat keine Lernbereitschaft, sondern er ist entweder ratlos, oder er will nicht, Herr Ministerpräsident. Nur diese beiden Möglichkeiten gibt es.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann zu den Privatschulen, Herr Ministerpräsident. Da kommt die alte Leier, ein Evergreen:

Wir werden bei den Privatschulen das bisherige Zuschussmodell durch ein Bruttokostenmodell ablösen. Dabei strebe ich an, in den nächsten Haushalten die Landeszuschüsse in Stufen auf 80 % anzuheben.

Das hatten Sie eigentlich schon 2001 versprochen. Ich will Ihnen einmal erklären: Wir waren – Herr Pfister war dabei; da war er noch Fraktionsvorsitzender – im Herbst 2003 bei einer großen Debatte über die Privatschulen. Das ganze Hotel war voll besetzt. Da haben die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP/DVP – und auch ich – versprochen: Im März 2004 wird der Gesetzentwurf eingebracht, auch wenn die Verabschiedung natürlich länger dauern wird. Der Gesetzentwurf ist nicht im März 2004 eingebracht worden. Er ist auch später nicht eingebracht worden. Die SPD hat den von Ihnen ausgearbeiteten Gesetzentwurf eingebracht. Diesen haben Sie selbst abgelehnt, und jetzt kommen Sie wieder mit der alten Leier. Glauben Sie, dass Ihnen im Privatschulbereich das irgendjemand abnimmt, der weiß, wie Sie die behandelt haben? Sie können doch nicht ständig eine Forderung erheben, die Sie selbst dauernd ablehnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

In der Regierungserklärung steht: Modellversuch in Stuttgart bei den Schülern mit Notebooks und drahtlosem Internetzugang, damit sie auf eine elektronische Lernplattform zurückgreifen können. Tolle Geschichte! Wir warten immer noch auf die Umsetzung des CDU-Beschlusses, alle Schüler in Baden-Württemberg mit Laptops auszustatten. Dieser Beschluss ist vor sechs Jahren erfolgt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Also nur Sprüche und keine Folgen. Auch hier geht das so weiter.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Auch gab es kein einziges Wort dazu, wie der gigantische Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen abgebaut werden soll. Kein einziges Wort in dieser Regierungserklärung!

(Zurufe der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Zimmermann CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben einiges zum Arbeitsmarkt angesprochen.

(Abg. Röhm CDU: Keine Inhalte, nur Gebäude!)

– Ich komme noch darauf. Es ist gut, dass Sie den Zwischenruf machen. Der Ministerpräsident sprach zum Thema Ganztagschulen über drei Seiten hinweg ausschließlich über „Jugendbegleiter“, Jugendverbände usw. Er sprach kein einziges Mal über Pädagogik.

(Abg. Röhm CDU: Nur Ganztagschulen, nur Gebäude! Was darin läuft, ist das Entscheidende!)

Einem solchen Ministerpräsidenten muss man auch sagen, dass er das Thema verfehlt hat.